

■ Politische Rechte

Finanzreferendum – Frist 27. Mai 2010

Der Landrat hat am 25. März 2010 beschlossen:

- Kantonale Psychiatrische Dienste Basel-Landschaft Aufstockung Büro- und Werkstattgebäude der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C) um ein Geschoss (2009-350)

Für die Aufstockung des Büro- und Werkstattgebäudes der Kantonalen Psychiatrischen Klinik (Haus C), Biententalstrasse 3, 4410 Liestal, um ein Geschoss wird ein Verpflichtungskredit von CHF 2'667'350 (inkl. MWST von zur Zeit 7,6%; Kosten-genauigkeit ± 15%) bewilligt.

Dieser Beschluss untersteht gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft dem Referendum. Allfällige Begehren um Vornahme der Volksabstimmung sind innert 8 Wochen, d.h. bis 27. Mai 2010 der Landeskanzlei einzureichen. Das Referendum ist zustandegekommen, wenn es von 1500 Stimmberechtigten unterschriftlich gestellt ist.

Landeskanzlei

Kantonale Volksabstimmung vom 7. März 2010 über die Teilrevision vom 9. Dezember 2009 des Gastgewerbegesetzes / Verbesserung des Jugendschutzes in Bezug auf die Abgabe von alkoholischen Getränken; Erhaltung

1. Das Ergebnis der kantonalen Volksabstimmung vom 7. März 2010 wird als gültig, die Vorlage über die Teilrevision vom 9. Dezember 2009 des Gastgewerbegesetzes / Verbesserung des Jugendschutzes in Bezug auf die Abgabe von alkoholischen Getränken mit 69'042 Ja gegen 9'987 Nein als angenommen erklärt.
2. Die Teilrevision vom 9. Dezember 2009 des Gastgewerbegesetzes / Verbesserung des Jugendschutzes in Bezug auf die Abgabe von alkoholischen Getränken tritt am 1. Juli 2010 in Kraft.

Landeskanzlei Basel-Landschaft

Vorprüfung einer formulierten Gesetzesinitiative

Die Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft, nach Prüfung der am 10. Februar 2010 eingereichten Unterschriftenliste zu einer kantonalen formulierten Gesetzesinitiative "Schluss mit den Steuerprivilegien", verfügt:

1. Die am 10. Februar 2010 eingereichte Unterschriftenliste zu einer kantonalen, formulierten Gesetzesinitiative "Schluss mit den Steuerprivilegien" entspricht den Formerfordernissen von § 28 Absatz 2 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und von § 69 GpR: Sie ist als Gesetzesinitiative bezeichnet, sie enthält einen ausgearbeiteten Vorschlag, eine Rubrik für die Gemeinde, in welcher die Unterzeichner und Unterzeichnerinnen stimmberechtigt sind, und für das Datum der Veröffentlichung des Initiativtextes im Amtsblatt, ferner Titel und Wortlaut der Initiative, eine vorbehaltlose Rückzugsklausel, den Hinweis auf die Strafbarkeit der Fälschung des Ergebnisses der Unterschriftensammlung sowie Namen und Adressen von mindestens sieben Urheberinnen und Urhebern der Initiative.

2. Folgende Urheber der Verfassungsinitiative sind ermächtigt, die Gesetzesinitiative mit einfachem Mehr vorbehaltlos zurückzuziehen: Martin Rüegg, Lachmattstr. 16, 4460 Gelterkinden; Susanne Leutenegger Oberholzer, Dürrbergstr. 8, 4132 MuttENZ; Simone Abt, Langegasse 13, 4102 Binningen; Ruedi Brassel, Hauptstr. 60, 4133 Pratteln; Pia Fankhauser, In den Lettenreben 15, 4104 Oberwil; Andreas Giger, Nenzlingerweg 26, 4203 Grellingen; Da-niel Münger, Baumgartenweg 27, 4142 Münchenstein; Florian Schreier, Salmenstr. 20, 4127 Birsfelden; Silvio Tondi, Grellingerstr. 32, 4142 Münchenstein; Reto Wyss, Neumattstr. 56, 4455 Zunzgen;
3. Der Titel der formulierten Gesetzesinitiative "Schluss mit Steuerprivilegien" entspricht den Erfordernissen des § 68 Absatz 2 GpR.
4. Gegen diese Verfügung kann gestützt auf die § 88 Absatz 1 Buchstabe c und 90 Absatz 1 GpR innert 3 Tagen seit der Mitteilung schriftlich und begründet beim Verfassungsgericht Beschwerde erhoben werden. Diese Beschwerdebefugnis steht nur der Mehrheit des Initiativkomitees zu.
5. Mitteilung an Sozialdemokratische Partei Baselland, Ruedi Brassel, Rheinstrasse 17, 4410 Liestal
6. Veröffentlichung im Amtsblatt vom 1. April 2010

Die Initiative hat folgenden Wortlaut:

Schluss mit den Steuerprivilegien!

Für die Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Für die Gleichbehandlung von SchweizerInnen und AusländerInnen

Die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Landschaft stimmberechtigten Personen stellen, gestützt auf § 28 Absätze 1 und 2 der kantonalen Verfassung, das folgende formulierte Begehren:

Das Gesetz über die Staats- und Gemeindesteuern vom 7. Februar 1974 (Steuer-gesetz, SGS 331) wird wie folgt geändert:

1. § 10bis, Absatz 2 : aufgehoben
2. Das Inkrafttreten erfolgt auf das der Volksabstimmung folgende Steuerjahr

Landeskanzlei Basel-Landschaft